

Absender Name, Vorname Straße, Nr. PLZ, Ort	Eingangsvermerk/-stempel Aktenzeichen Datum
-----------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------

**Antrag auf Erlaubnis zum Entnehmen und
Ableiten von Wasser aus oberirdischen
Gewässern nach §§ 8 und 9
Wasserhaushaltsgesetz (WHG)**

Sitz des Fachdienstes:

1. Antragsteller

Firma		
Name	Vorname	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Antragsteller ist Eigentümer des Grundstücks		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <small>(Angabe des Eigentümers unter Punkt 2 und Abgabe einer Verfügungsberechtigung als Anlage zu diesem Antrag)</small>

2. Eigentümer

Firma		
Name	Vorname	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort

3. Planverfasser/in

Firma		
Name	Vorname	Telefon (mit Vorwahl)
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort

4. vom Vorhaben betroffene Grundstücke

Gemarkung	Flur-Nr.	Flurstück-Nr.
-----------	----------	---------------

5. Erläuterung:

Name des Gewässers
Zweck des Vorhabens
Beregnung bzw. Bewässerung von: _____ Fischteiche Sonstiges: _____

Entnahmemenge:

maximal _____ l/s _____ m³/d _____ m³/a

Wie erfolgt die Entnahme?

Pumpe Hersteller: _____

Typ: _____

Leistung: _____ l/s _____ m³/h

Rohrleitung/Schlauch

offenes Gerinne

Sonstiges: _____

Zeiträume der Wasserentnahme:

jährlicher Zeitraum der Wasserentnahme: _____

zeitliche Dauer der Wasserentnahme pro Tag: _____

Angaben zur Entnahmestelle:

- Ein Entnahmeschlauch/-rohr befindet sich dauerhaft im Gewässer: ja nein

- Es wird ein Entnahmebauwerk errichtet: ja nein

wenn ja, sind weitere Angaben zur baulichen Maßnahme erforderlich:

- Es wird eine temporäre Staustufe errichtet: ja nein

wenn ja, sind weitere Angaben zur baulichen Maßnahme erforderlich:

Verbleib des verbrauchten Wassers bzw. anfallenden Abwassers:

Einleitung/Ableitung erfolgt in:

Kanalisation (Zustimmung des Abwasserbeseitigungspflichtigen erforderlich)

das Grundwasser (wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich)

ein Gewässer (wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich)

Sonstiges: _____

Auswirkungen des Vorhabens auf Rechte Dritter

Sicherheitseinrichtungen und Schutzvorkehrungen gegen Verunreinigungen des Wassers:

Grundsätzlich sind folgende allgemeine Anforderungen zu beachten:

- Der Antrag und die Anlagen sind in **3-facher Ausfertigung** einzureichen und müssen vom Antragsteller und vom Planfertiger (z. B. Entwurfsverfasser) original handschriftlich unterzeichnet sein.
- Die Planvorlagen müssen von hierzu befähigten Planfertigern angefertigt sein. Sie müssen das Vorhaben selbst und seine Auswirkungen erkennen lassen und eine Beurteilung auch durch betroffene andere Behörden, z. B. Naturschutzbehörde, Bauaufsichtsbehörde etc. ermöglichen.
- Die Planung der Vorhaben und die Führung der Nachweise soll nach den jeweils maßgeblichen allgemein anerkannten Regeln der Technik erfolgen.

Zu nicht vollständigen oder mangelhaften Anträgen und Planvorlagen, die keine ausreichende behördliche Prüfung erlauben, erfolgen schriftliche Nachforderungen unter Vorgabe einer angemessenen Frist zur Nachbesserung. Nach Fristablauf kann es zur Ablehnung unvollständiger oder mangelhafter Anträge kommen.

Folgende Anlagen sind dem Antrag beizufügen:

- Verzeichnis der Planvorlagen
- Erläuterungsbericht mit allen Angaben und Begründungen, welche aus diesem Antragsformular nicht eindeutig hervorgehen, wie bestehende Verhältnisse, Art und Umfang des Vorhabens, Auswirkungen des Vorhabens, insbesondere auf Schutzgebiete, das Gewässer, bestehende Rechte und Betroffene. Eventuell vorhandene alte Rechte sind anzugeben und beizulegen.
- Übersichtslageplan M 1:10.000 oder 1:25.000 mit eingetragenem Standort des Vorhabens und eventuell bereits vorhandenen Gewässerbenutzungsanlagen,
- Flurkarte mit eingetragenem Standort des Vorhabens, Lageplan im geeigneten Maßstab; Einzutragen sind insbesondere alle Gegenstände, die für das Vorhaben bedeutend sind oder von ihm berührt werden, die Gewässer und wasserbaulichen Anlagen mit Bezeichnung und ihren wichtigsten Daten, die Grundstücke, auf denen das Vorhaben ausgeführt werden soll.
- Planunterlagen zur Eingriffsregelung (sofern erforderlich - vorher mit der Unteren Naturschutzbehörde abklären)
- Querschnitt des Gewässers an der Entnahmestelle mit Eintragung alle Gegenstände, die für das Vorhaben bedeutend sind oder von ihm berührt werden
- Längsschnitt des Gewässers für den Bereich des Vorhabens und seiner Auswirkungen mit Eintragung der Gewässersohle und Ufer, der Hauptwerte der Wasserspiegel sowie der für das Gewässer bedeutenden Anlagen (M 1:1000/100) - nur beim Aufstauen von Gewässern; sonst auf Anforderung der Behörde
- Hydraulische Nachweise - nur bei Errichtung von Staubauwerken; sonst auf Anforderung der Behörde
- Nachweis der Sicherstellung der ökologischen Durchgängigkeit - nur bei Errichtung von Staubauwerken; sonst auf Anforderung der Behörde
- Bei Einsatz von Pumpen das technische Datenblatt
- Bei Vorhaben auf fremden Grundstücken die Nutzungsbefugnis
- Die Zustimmung des Gewässerunterhaltungspflichtigen
- Angaben zur Eigenkontrolle: Maßnahmen und Einrichtungen zur Überwachung des Aufstauens sowie der Einhaltung der zulässigen Entnahme-/ableitungsmenge sowie der Mindestwasserführung im Gewässer
- Bereits früher erteilte Genehmigungen und Zulassungen.

Ich versichere hiermit die Richtigkeit der vorstehenden Angaben; ich bin mir bewusst, dass die Erlaubnis ganz oder teilweise widerrufen werden kann, wenn sie aufgrund von Nachweisen, die in wesentlichen Punkten unrichtig oder unvollständig waren, erteilt worden ist.

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers